Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

8. Jahrgang Ausgegeben zu Düsseld	dorf am 14. Mai 1954	Nummer 28
Datum 14. 4. 54 Verordnung zum Gesetz über die Gemeindewahlen im I Bekanntmachung vom 18. August 1952 (GV. NW. S. 161). 36. 4. 54 Ausführungsverordnung über die Wahl zur Amtsvertretung of 27. 4. 54 Verordnung zum Begriff Siedlung im Zusammenhaug mit dem 20. 4. 54 Verordnung zur Anderung der Verordnung über den Verkehr S. 110) 26. 4. 54 Bekanntmechung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr einehnigung einer Oberleitungs-Omnibuslinie von Minden nach	Lende Nordthein-Westfalen vom 6. April 1948 in d des Amies Buir (Landkreis Bergheim/Erft) Bundesvertriebenengesetz mit pyrotechnischen Gegenständen vom 6. Januar des Landes Nordthein-Westfalen, Betrifft, Erweit	
Verordnung zum Gesetz über die Gemeindewahlen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 6. April 1948 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1952 (GV. NW. S. 161). Vom 14. April 1954. Gemäß § 17 des Gesetzes über die Gemeindewahlen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 6. April 1948 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1952 (GV. NW. S. 161) wird verordnet: I Die Wahl zur Amtsvertretung des Amtes Buir, Land- kreis Bergheim/Erft, findet am 27. Juni 1954	4. Leizter Tag zur öffentlichen Bekander Auslegung des Wählerverzeich unter Hinweis auf die Möglichkeit dhebung von Ansprüchen und Einwend bis zum Tage nach der Auslagefrist Abs. 4 GWG) 5. Offentliche Auslegung des Wählervenisses (§ 12 Abs. 4 GWG, § 70 ALWO). 6. Letzter Tag für die Erhebung vorsprüchen und Einwendungen gege Richtigkeit des Wahlverzeichnisses Abs. 4 GWG) 7. Letzter Tag für die Übergabe vorsprüchen und Einwendungen durch Wahlleiter an den Überprüfungsbe	nnisses ler Er- lungen t (§ 12 3. 6. 1954 rzeich- Abs. 1 . 6.—13. 6. 1954 n An- n die (§ 12 14. 6. 1954 n An- h den
statt. Die Wählzeit däuert von 8 bis 18 Uhr. II Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in	(2 11 07170)	16. 6. 1954 Uber- 18. 6. 1954 parkeit
Kraft. Düsseldorf, den 14. April 1954. Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Ministerpräsident: Arnold, Dr. Meyers. — GV. NW. 1954 S. 133.	 10. Letzter Termin für den Erwerb der schen Staatsangehörigkeit oder den E der Rechtsstellung als Deutscher ohne sche Staatsangehörigkeit (Art. 116GG) als Voraussetzung für die Wäkeit (§ 15 Buchst. b GWG) 11. Letzter Termin für die Einreichun Wahlvorschlägen in den einzelnen bezirken des Wahlgebietes und von 	Erwerb e deut- Abs. 1 ihlbar 27. 6. 1953 g von Wahl- Wahl-
Ausführungsverordnung über die Wahl zur Amtsvertretung des Amtes Buir (Landkreis Bergheim/Erft). Vom 30. April 1954.	vorschlägen für die Reserveliste (§§ GWG) 12 Letzter Termin für den Rücktritt ein werbers (§ 22 Abs. 1 GWG)	10. 6. 1954 18 Uhr es Be-
Nachstehend werden die gemäß den Vorschriften des Gesetzes über die Gemeindewahlen im Land Nordrhein-Westfalen vom 6. April 1948 (GV. NW. S. 185) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1952 (GV. NW. S. 161) von mir festzusetzenden und die sich aus diesem Gesetz und der Vierten Durchführungsverordnung vom 9. September 1952 (GV. NW. S. 213) ergebenden Termine und Fristen wie folgt bekanntgegeben:	 13. Letzer Termin für die Festlegun Reihenfolge der Namen der Bewerb der Reserveliste (§ 20 Abs. 2 GWG) 14. Letzter Tag für die Bekanntgabe der vorschläge (§ 21 GWG) 15. Letzter Termin für die Einreichung neuen Wahlvorschlages bei Rücktritt 	g der er auf 22. 6. 1954 18 Uhr Wahl- 23. 6. 1954 eines
1. Letzter Geburtstermin für die Wahlberechtigung (§ 8 Abs. 1 GWG)	Bewerbers (§ 22 Abs. 2 GWG)	22. 6. 1954 le Ein- 26. 3. 1954 der IV. . 19.—24. 6. 1954 18 Uhr
in einem Melderegister des Wahlgebietes für Evakuierte, zurückkehrende Kriegsge- fangene oder ehemalige politische Häftlinge oder andere politische Heimkehrer (§ .8 Abs. 3. GWG) 28. 5. 1954	Düsseldorf, den 30. April 1954. Der Innenminister des Landes Nordr Dr. Meyers.	hein-Westfalen:

Verordnung zum Begriff Siedlung im Zusammenhang mit dem Bundesvertriebenengesetz.

Vom 27. April 1954.

Auf Grund des § 26 des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1429) sowie auf Grund der Ausführungsbestimmungen (Nr. 1 zu § 1) des Reichsarbeitsministers zum Reichssiedlungsgesetz vom 26. September 1919 (RMBl. S. 1143) wird verordnet:

Die Veräußerung und die Verpachtung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, Betriebsteiles oder Grundstückes gemäß § 42 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201), die Ubertragung des Miteigentums an solchen Grundstücken gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BVFG und die Maßnahmen der Siedlungsbehörden gemäß §§ 62 und 63 BVFG sind als Siedlung im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes anzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 5. Juni 1953 in Kraft.

Düsseldorf, den 27. April 1954.

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen:

Dr. Peters:

- GV. NW. 1954 S. 134.

Verordnung

zur Anderung der Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen vom 6. Januar 1953 (GV. NW. S. 110).

Vom 20. April 1954.

Auf Grund des § 1 Absatz 3 und des § 2 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (RGBI. S. 61) in der Fassung der Verordnung vom 8. August 1941 (RGB!. I S. 531) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Justizminister für das Land Nordrhein-Westfalen folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1

Die Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen vom 6. Januar 1953 (GV. NW. S. 110) wird wie folgt geändert:

- 1. In § 6 Abs. 6 werden die Worte "... von den Vorschriften der Absätze 2 bis 4 ..." ersetzt durch die Worte "von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 ...".
- 2. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) Pyrotechnische Gegenstände der Klassen I bis III, die das nach § 4 Abs. 1 erforderliche Zulassungszeichen nicht tragen, sind bis zum 31. Mai 1954 zum Verkehr zugelassen.

Artikel 2

Artikel 1 Nr. 1 tritt am Tage nach der Verkündung der Verordnung, Artikel 1 Nr. 2 tritt mit Wirkung vom 3. Februar 1954 in Kraft.

Düsseldorf, den 20. April 1954.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr für Arbeit, Soziales und des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Minister Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Vertretung: Dr. Ewers.

In Vertretung: Dr. Bellinger.

-GV. NW. 1954 S. 134.

Bekanntmachung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Betrifft: Erweiterung der Genehmigung einer Oberleitungs-Omnibuslinie von Minden nach Vennebeck.

Auf Grund der Anträge vom 5. Februar und 9. Februar 1954 und des Ergebnisses des Anhörungsverfahrens wird hiermit dem Unternehmen Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH, in Herford (EMR) auf Grund des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 (RGBI. I S. 1217) in der Fassung des Gesetzes vom 6. Dezember 1937 (RGBI. I S. 1319) und des Gesetzes vom 16. Januar 1952 (BGBI. I S. 21) die Genehmigung zur gewerbsmäßigen linienmäßigen Beförderung von Personen mit Oberleitungsomnibussen von Minden Ecke Kaiser- und Hausberger Straße

- 1. über Weserbrücke Wesertor bis zur Einmündung der Vinkestraße in den Klausenwall,
- 2. von Wesertor über Weserstraße Marienwall Hermannstraße zum Betriebshof des Elektrizitätswerkes Minden-Ravensberg GmbH.
- als Erweiterung der am 16. Dezember 1953 IV 3/d genehmigten Oberleitungsomnibuslinie von Minden Ecke Kaiser- und Hausberger Straße nach Vennebeck, Ortsteil Hitzwold, über Hausbergerstraße — Neesen — Neuler-beck — Hausberge — Holzhausen — Amorkamp bis 31. Dezember 1983 unter folgenden Auflagen, Bedingungen und Beschränkungen erteilt:
- 1. Für die Rechte und Pflichten des Unternehmers und für den Betrieb gelten die allgemein verbindlichen Vorschriften des oben angegebenen Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande, der Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 26. März 1935 (RGBl. I S. 473), sowie die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, sowie alle Anordnungen der zuständigen Behörden, insbesondere die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 13. Februar 1939 (RGBI, I S. 231).
- 2. Zum Betrieb der Linie dürfen nur die von der Aufsichtsbehörde genehmigten Fahrzeuge verwendet werden. Die Fahrzeuge müssen vorschriftsmäßig versichert sein und den Bestimmungen der BOKraft entsprechen.
- Beförderungspreise und Beförderungsbedingungen be-dürfen gemäß § 17 des P.BefG der Zustimmung der Genehmigungsbehörde. Sie sind vor der Einführung mindestens in einer Tageszeitung und außerdem durch Aushang in den zum Aufenthalt der Fahrgäste bestimmten Räumen oder in den Fahrzeugen zu veröffentlichen. Änderungen dürfen erst nach erfolgter Genehmigung vorgenommen werden.
- 4. Die Fahrpläne sind mindestens 3 Wochen vor der beabsichtigten Einführung dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung vorzulegen.
- 5. Zur Aufnahme des Betriebes wird auf Grund der §§ 21, 24 P.BefG eine Frist bis zum 31. Dezember 1954 gesetzt.
- 6. Die Genehmigung wird unter dem Vorbehalt ihrer Ergänzung und Abänderung durch Feststellung des Bau-planes erteilt. Zur Eröffnung des Betriebes bedarf es der Zustimmung der Genehmigungsbehörde auf Grund einer örtlichen Prüfung der Oberleitungsanlage. Der Zeitpunkt der Betriebseröffnung ist der Genehmigungsbehörde rechtzeitig anzuzeigen.

Die Aufsicht über das Unternehmen wird von mir ausgeübt.

Für diese Genehmigung wird eine Verwaltungsgebühr von 100 DM erhoben.

Düsseldorf, den 26. April 1954.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Im Auftrage: Dr. Ilgner.

- GV. NW. 1954 S. 134.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,10 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.